

Umsiedlung nach Siebenbürgen

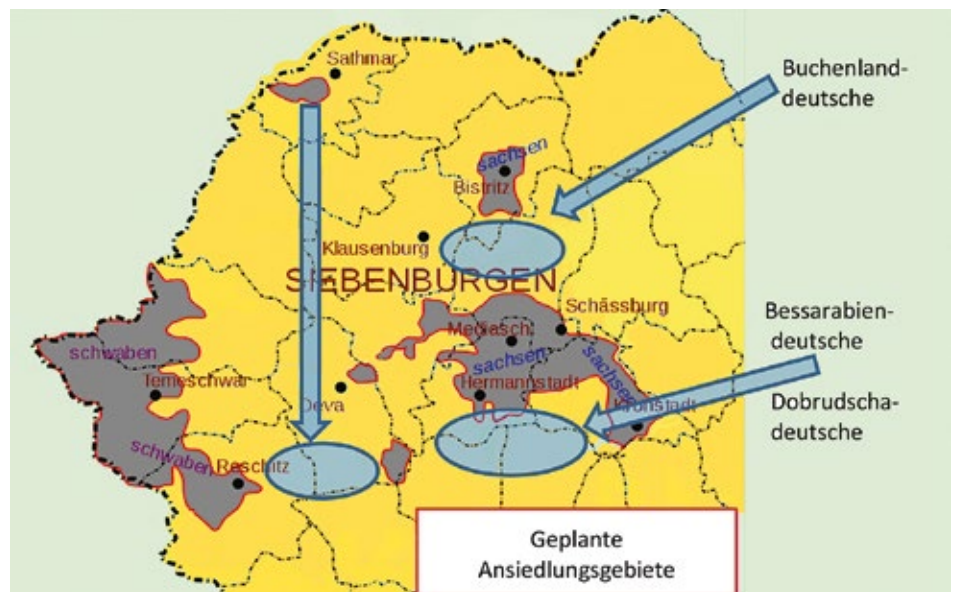
HARTMUT KNOPP

Was wäre gewesen, wenn...? Die Historiker lieben den Konjunktiv nicht. Schließlich sind die vergangenen Ereignisse ja gerade so geschehen, wie wir sie erfahren und erlebt haben und nicht etwa anders. Trotzdem diskutieren wir oft und sehr gerne darüber, wie etwas auch hätte ganz anders geschehen können. „Was wäre wenn?“ ... zum Beispiel, wenn wir Bessarabiendeutschen nicht umgesiedelt worden und geblieben wären oder wenn eine Umsiedlung ins Deutsche Altreich stattgefunden hätte, wenn Hitler den Überfall auf die Sowjetunion nicht befohlen hätte oder wenn die Umsiedlung in eine ganz andere Region erfolgt wäre usw... In diesem Aufsatz geht es um Überlegungen über eine mögliche, zumindest diskutierte Umsiedlung von Bessarabien nach Siebenbürgen Ende des Jahres 1939.

Hinsichtlich der Umsiedlung war der am 28. September 1939, also nach dem Polenfeldzug, abgeschlossene deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag wichtig, der ein vertrauliches Zusatzprotokoll besaß. Darin wurde erklärt, dass die Sowjetunion „den in ihren Interessengebieten ansässigen Persönlichkeiten deutscher Abstammung, sofern sie den Wunsch haben, nach Deutschland oder in deutsche Interessengebiete überzusiedeln, hierbei keine Schwierigkeiten in den Weg legen“.

Für das in der Erneuerungsbewegung vertretene Deutschtum in Rumänien war die Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina- und Dobrudschadeutschen ein deutlicher Machtverlust in ihrer Auseinandersetzung mit politischen Vertretern Rumäniens. Es ist daher kein Wunder, dass innerhalb der Siebenbürger Sachsen alternative Pläne bezüglich einer Umsiedlung dieser Siedlungsgruppen entstanden. So entstand unter den Sachsen der Vorschlag, Siebenbürgen als einen selbstständigen Staat einzurichten, als Puffer zwischen Rumänien und Ungarn und als künftiges Siedlungsgebiet deutscher Einwanderer. Damit der deutsche Einfluss in diesem Staat zu einer ausreichenden Geltung gelangen würde, schalteten sich prominente siebenbürgische Politiker in die Diskussion um die Umsiedlung ein. Zur Verdeutlichung des Diskurses soll aus zwei Denkschriften aus völlig gegensätzlichen politischen Lagern zitiert werden.

Der Vorsitzende der „Deutschen Partei“ im rumänischen Parlament und Landeskirchenkurator der Evangelischen Kirche



A.B. in Rumänien, Hans Otto Roth (1890–1953), schrieb am 24.11.1939 an Richard Csakis, dem damaligen Leiter des Deutschen Auslandsinstitutes: „Zwei mächtige Riegel (erg. die Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen) gegen Osten und Südosten, gegen die russische Welt und die Welt des Balkans, grenzen auch heute das Gebiet ab, das noch immer deutsches Einflussgebiet ist und unserer tiefsten Überzeugung auch deutsches Einflussgebiet bleiben muss.“

Hans Otto Roth galt als Vertreter des alten liberalen Bildungsbürgertums. Er stand mit einigen Angehörigen des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus in Verbindung u.a. mit Ulrich von Hassell und Carl Friedrich Goerdeler, die alle an dem erfolglosen Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 beteiligt waren und anschließend hingerichtet wurden. Nach 1940 wurde Roth von der vom Deutschen Reich gesteuerten Volksgruppenführung aus dem weiteren politischen Leben ausgeschaltet. Hans Otto Roth blieb auch nach dem II. Weltkrieg in Rumänien, wurde in kommunistischer Zeit mehrfach als „Volksfeind“ verhaftet und starb am 1. April 1953 an den Haftbedingungen des Gefängnisses Ghencea in Bukarest.

In einer Denkschrift an das Deutsche Auslandsinstitut schreibt er: „Wir müssen offen zugeben, dass die Erhaltung der deutschen Volkssplitter in der Dobrudscha, im Buchenland und in Sathmar, aber in gewissem Sinne auch in Bessarabien keinen rechten Sinn mehr hat. (Die Überführung dieser Volkssplitter) könnte heute vielleicht in gesicherter und organischerer Weise im

Wege einer Umsiedlung innerhalb Rumäniens verwirklicht werden. Die 35.000 Sathmarer Schwaben könnten im Banat angesiedelt werden, wo ihre näheren Stammesgenossen leben. Die Deutschen des Buchenlandes könnten auf die Westseite der Karpaten überführt und dort mit dem siebenbürgischen Deutschtum von Bistritz und Sächsisch-Regen zu einer gesunden und lebensfähigen Siedlung von rund 100.000 deutschen Menschen zusammengefasst werden. Das Deutschtum der Dobrudscha und Bessarabiens aber könnte am zweckmäßigsten im Altal zwischen Hermannstadt und Kronstadt neue Heimstätten finden. (Damit zöge sich) von Rumänien über Jugoslawien nach dem Süden des heutigen Ungarn ein breites Band deutscher Siedlungen, die nicht weniger als 800.000 bis 1.000.000 deutsche Menschen umfassen.“

Der zweite Textauszug stammt von Heinrich Zillich (1898–1988). Er studierte Staatswissenschaften in Berlin und lebte anschließend als freier Schriftsteller in Siebenbürgen und im Deutschen Reich. Zillich veröffentlichte zahlreiche Bücher mit Romanen, Novellen und Gedichten mit einer Gesamtauflage von etwa 1,5 Millionen Exemplaren. Für die NS-Kulturzeitschrift „Das Innere Reich“ gehörte er zu den Spitzenautoren und wurde daher auch von Adolf Hitler empfangen.

In der Denkschrift Zillichs an das Deutsche Auslandsinstitut schreibt er: „Wenn dahin die Deutschen Bessarabiens, der Dobrudscha, eventuell Südslawiens (Slawonien) und der Bukowina zurückgeholt würden, könnte dies Gebiet (erg. Siebenbürgen) für das Reich weitaus bedeutsa-

mer werden als die Ansetzung irgendwo am Saum des Reiches. Am günstigsten für eine baldige Lösung wäre ein ungarisch-rumänischer Krieg, der eine deutsche Intervention besonders durchgreifend machen würde.“ Zillich zeichnete eigenhändig mit Hitlergruß.

Es gab weitere Studien zur Lage der Deutschen in Rumänien, die in dieselbe Richtung zielten. Diese wurden zunächst vom Leiter des Deutschen Auslands-Instituts Richard Csaki unterstützt, der im Herbst 1939 mehrere Dienstreisen nach Rumänien unternahm. Das Auswärtige Amt in Berlin reagierte auf diese Überlegungen jedoch sehr zurückhaltend. In Antwortschreiben an die Verfasser der Denkschriften in Siebenbürgen bat Ministerialdirigent Dr. Fritz von Twardowski „darauf Einfluß zu nehmen, daß die Erörterung dieser Fragen in der Öffentlichkeit möglichst unterbleibe.“

Auffallend ist, dass bei all diesen Überlegungen zur Umsiedlung nach Siebenbürgen keine Stimmen aus Bessarabien oder der Dobrudscha zu vernehmen waren. Auch aus Deutschland erfolgten keine weiteren Reaktionen, da die SS mit ihrer Volksdeutschen Mittelstelle ganz offensichtlich völlig andere Pläne verfolgte. In zahlreichen historischen Darstellungen zur „Heim ins Reich“ Bewegung kommt viel zu kurz, dass das ganze Umsiedlungsgeschehen Teil eines viel umfassenderen Vorhabens war, dem „Generalplan Ost“.

Der „Generalplan Ost“ geht auf die bereits früh in seinem Buch „Mein Kampf“ ausgeführten Ideen Adolf Hitlers zurück, für das deutsche Volk „Lebensraum im Osten“ zu gewinnen. Nach der Eroberung des Westteils Polens zu Beginn des II. Weltkriegs sollten daher Pläne zur Besiedelung dieses Gebietes erstellt werden. In die neu errichteten Reichsgaue Danzig-Westpreußen und Wartheland wurden bekanntlich in einer großen Umsiedlungsaktion Deutsche aus dem Baltikum, aus der Sowjetunion die deutschen Siedlungsgruppen aus Wolhynien, Galizien, dem Nordbuchenland und Bessarabien umgesiedelt, schließlich aus Rumänien im Südbuchenland und der Dobrudscha – insgesamt weit über 500.000 Menschen.

Die Pläne der SS gingen aber viel weiter: Auch das „Generalgouvernement Polen“ und das „Reichsprotectorat Böhmen und Mähren“ sollten schließlich ganz eingedeutscht werden und in der Sowjetunion drei so genannte „Reichsmarken“ gebildet werden, nämlich das Ingermanland südlich von Leningrad, das Narewgebiet mit Bialystok nebst Litauen, sowie das „Gotengau“ mit der Krim und dem Gebiet um

Cherson. In sechs sehr detailliert ausgearbeiteten Entwürfe des Planungsamtes des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums der SS war die Vertreibung jenseits des Urals bzw. die Vernichtung von nicht weniger als 80 % der Polen, 50–75 % der Tschechen, über 50 % der Ukrainer und Russen im europäischen Landesteil vorgesehen gewesen.

Aus polnischer Sicht musste die Umsiedlung der Bessarabiendeutschen als Teil eines monströsen Vertreibungs- und Vernichtungsgeschehens begriffen werden. Dass diese ihrerseits nur ein Spielball in den viel weiter gehenden Plänen der verbrecherischen Germanisierungspolitik der SS waren und sie mehrheitlich in ihre Auswirkungen weder eingeweiht waren, noch diese auch nur ansatzweise gebilligt

hätten, davon darf man mit Fug und Recht ausgehen.

Ursprünglich waren die Vorfahren der bessarabischen Siedler ausgewandert, um Krieg, religiöser Unterdrückung und Armut zu entgehen. 120 Jahre später mussten sie gleich zwei Mal wieder genau derartigen Gewalten weichen. Eine eventuelle Umsiedlung nach Siebenbürgen erscheint uns aus heutiger Sicht unreal, sie hätte zu einer umfangreichen Verdrängung von rumänischen Anwohnern geführt und wäre wohl nur mit massiver militärischer Gewalt durchzusetzen gewesen. Den umgesiedelten Bessarabiendeutschen wäre – vielleicht – das Schicksal von Flucht und Vertreibung 1945 erspart geblieben, hätte aber jahrzehntelange Unterdrückung in einem anderen Umfeld nach sich gezogen.